

Dr. Eva Högl

- (A) den Gegenstand unserer Debatten sein. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir mit großer Geschlossenheit und Gemeinsamkeit im Sinne der betroffenen Menschen die nötigen Weichen stellen könnten. Das tun wir auch mit dem Bundeshaushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte gern noch ein weiteres Thema ansprechen, das für uns alle sehr wichtig ist und das mich persönlich besonders beschäftigt, nämlich das Thema NSU und Schlussfolgerungen daraus. Vor einem Jahr haben wir den Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag verabschiedet. Es ist bald drei Jahre her, dass die NSU-Terrorgruppe aufflog und der NSU-Terror bekannt wurde. Deswegen erinnere ich an dieser Stelle daran – das hat auch etwas mit dem Haushalt zu tun –, dass wir die Voraussetzungen dafür schaffen müssen, endlich die Konsequenzen aus diesem schrecklichen Skandal und aus den Fehlern, Versäumnissen und Unzulänglichkeiten ziehen zu können. Das bleibt für dieses Parlament eine dauerhafte Aufgabe. Der Thüringer Untersuchungsausschuss hat uns auf 1 800 Seiten drastisch vor Augen geführt, wie stark das Versagen war, wie desaströs die Arbeit der Ermittlungsbehörden war. Deswegen ist es unsere Aufgabe, die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen und Polizei, Verfassungsschutz und Justiz grundlegend zu reformieren.

(Beifall des Abg. Martin Gerster [SPD])

- (B) Justizminister Maas hat schon zwei Gesetzentwürfe auf den Weg gebracht; dazu wird im Rahmen der Justizdebatte sicherlich gleich gesprochen werden. Ich möchte aber einmal an die Reform des Verfassungsschutzes erinnern. Herr Minister de Maizière, wir haben das bereits vereinbart. Es ist gut, dass wir das in Ruhe angehen und mit den Ländern besprechen. Wir müssen nun bald aber wirklich vorankommen; denn es gibt eine ganze Menge zu tun. Ich möchte an dieser Stelle sehr deutlich sagen, dass es für uns wichtig ist, die Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Verfassungsschutz auszubauen. Für Bund und Länder ist diese Zentralstellenfunktion des Bundesamtes wichtig.

Wir müssen auch eine ganze Menge im Bereich der V-Leute reformieren. Da reicht es nicht, einfach nur Kleinigkeiten zu verändern. Das muss auf ganz andere Grundlagen gestellt werden. Wir müssen die Kontrollen weiter verbessern. Deswegen wäre es sehr gut und richtig und wichtig, die Reform des Verfassungsschutzes hier im Deutschen Bundestag zügig anzugehen und sie mit größter Beteiligung aller auch zu verabschieden.

Es ist schon eine ganze Menge zum Thema Salafismus gesagt worden. Der Kampf gegen den Salafismus bleibt eine wichtige Aufgabe und Herausforderung. Es wird sicherlich noch Gelegenheit geben, sich darüber auszutauschen. Das, was bisher von den Kolleginnen und Kollegen dazu gesagt wurde, kann ich, auch im Namen der SPD-Fraktion, vollumfänglich unterstützen. Mehr kann ich heute an dieser Stelle nicht dazu sagen. Nur so viel: Es darf uns nie wieder passieren, wie es uns leider beim Rechtsextremismus passiert ist, dass den Sicherheitsbehörden ein so wichtiges Thema von der

Agenda rutscht. Es darf nicht passieren, dass unsere Sicherheitsbehörden nicht so gut aufgestellt sind – das betrifft Polizei, Verfassungsschutz und Justiz –, dass sie die Gefahr, die sich hinter dem gewaltbereiten Islamismus verbirgt, übersehen oder nicht angemessen reagieren. Deswegen müssen wir entsprechend tätig werden.

Ich bin bereits als Befürworterin der Olympischen Spiele in Berlin geoutet worden. Ja, ich würde mich freuen, wenn Deutschland die Olympischen Spiele austrägt. Mit Johannes Kahrs muss ich das mit Hamburg noch auskämpfen. Aber wenn es 2024 oder 2028 Berlin wird, wäre das natürlich super.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo sollen die Leute denn landen?)

– Ich hoffe, dass wir dann auch einen Flughafen haben, lieber Herr Beck.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hoch zu Pferde, oder wie?)

– Wir werden dann einen Flughafen haben.

Ich freue mich auf die weitere konstruktive Debatte zum Haushalt des Innern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

(D) Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Kollegin Monika Lazar das Wort.

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Faden der Kollegin Högl aufnehmen und etwas zu den Konsequenzen aus dem NSU-Untersuchungsausschuss sagen. Es gab einen fraktionsübergreifenden, einheitlichen Antrag, für den wir alle waren. Vor der Sommerpause haben wir hier im Bundestag noch über unsere grünen Zusatzvorschläge debattiert. Man kann wirklich sagen: Es liegt alles auf dem Tisch. Das erste Jahr nach der Bundestagswahl ist vorbei. Deswegen kann ich Sie in dem, was Sie gesagt haben, nur unterstützen: Wir alle müssen in die Puschen kommen und zusehen, dass wir vorankommen. Die angesprochenen Ministerien müssen entsprechende Vorlagen erarbeiten. Der Aufgabenkatalog ist sehr vielfältig.

Wir sind uns auf alle Fälle darin einig, dass wir uns im Bereich der Prävention weiter engagieren müssen. Im Etat des Innenministeriums gibt es das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“, das die Zivilgesellschaft, insbesondere im ländlichen Raum, stärken soll. Das ist ein gutes Programm. Es ist mit 6 Millionen Euro etatisiert und galt bisher nur für die ostdeutschen Bundesländer. Nun wird es sinnvollerweise auf ganz Deutschland ausgeweitet. Die Zahlen bleiben allerdings die gleichen. Wenn man von 5 Ländern auf 16 ausweitet, der Etat aber bei 6 Millionen Euro bleibt, dann ist dies natürlich nicht

Monika Lazar

- (A) genug. Es braucht keine höhere Mathematik, um zu erkennen, dass diese Rechnung nicht aufgeht.

(Jan Korte [DIE LINKE]: Das stimmt!)

Das muss sich noch ändern. Wir werden im Laufe der Haushaltsberatungen auf alle Fälle den Antrag stellen, die Gelder von 6 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro zu erhöhen. Ansonsten führt das zu Frustration bei allen, die an diesem Programm teilhaben wollen. Das kann nicht in unserem Sinne sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Jan Korte [DIE LINKE])

Auch bei der Sportförderung gibt es nach wie vor große Baustellen. Das Innenministerium hat es im Prinzip erkannt, gehandelt wurde bisher aber nicht ausreichend. Ich glaube, wir alle sind froh, dass der Fehler der beabsichtigten Kürzung der Mittel für „Jugend trainiert für Olympia“ und „Jugend trainiert für Paralympics“ erkannt und die Kürzungen jetzt zurückgenommen wurden, sodass es da entsprechend weitergeht.

Allerdings hat der Innenminister in der ersten Sitzung des Sportausschusses Strukturreformen unter anderem im Bereich der Spitzensportförderung angekündigt. Das ist mittlerweile ein Dreivierteljahr her. Wir haben gedacht, dass Sie uns mit dem Haushalt für das nächste Jahr Ihre Vorstellungen dazu unterbreiten; aber bis jetzt können weder wir noch die Öffentlichkeit erkennen, was da geändert werden soll. Wir Grüne können da gerne Denkanstöße geben. Zum Beispiel könnten Sie sich dafür starkmachen, dass nicht mehr der Medaillenspiegel für die Höhe der Fördergelder ausschlaggebend ist, sondern zum Beispiel die Mühen im Antidopingkampf oder die Ermöglichung einer dualen Karriere. Auch wäre es dringend nötig, über das Durcheinander bei der Athletenförderung zu sprechen.

- (B) Ausdrücklich loben möchte ich, dass nun die Gelder für die Nationale Anti Doping Agentur, NADA, fest eingeplant sind. Wir gehen davon aus, dass damit das übliche Hickhack der letzten Jahre vorbei ist. Die Bundesregierung und die Koalition müssen da ihrer Verantwortung dauerhaft gerecht werden. Aber auch die Mittel, die jetzt in den Haushaltsplan eingestellt wurden, reichen nicht; denn die NADA hat uns im Sportausschuss sehr eindrücklich und plausibel erklärt: Wenn wir auf dem Gebiet der Dopingkontrollen, vor allem bei der Prävention von Doping, nachhaltigen Erfolg haben wollen, reicht 1 Million Euro bei weitem nicht. – Die NADA selber spricht von 10 Millionen Euro. Es ist klar, dass man das wahrscheinlich nicht auf einmal hinkommt; aber die Tendenz muss da entsprechend sein.

(Dagmar Freitag [SPD]: Das ist nicht nur Aufgabe des Bundes, Frau Kollegin!)

Das Thema Doping verfolgt uns momentan auch aus einem anderen Anlass: Am 23. Oktober jährt sich zum 40. Mal die Gründung der DDR-Arbeitsgruppe „Unterstützende Mittel“. Hier wurde erstmals die Abgabe von Dopingmitteln an Minderjährige staatlich verordnet. Auch 24 Jahre nach der Wiedervereinigung ist in diesem Bereich noch längst nicht alles Unrecht aufgearbeitet.

Die Opfer des Dopings von damals, die zum Teil bis heute seelisch und körperlich leiden, verdienen unsere breite Unterstützung, über die geleistete Einmalzahlung hinaus. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das wäre ein Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ich habe wirklich große Hoffnung, dass wir da in den nächsten Jahren vorankommen und etwas Geld zur Verfügung stellen. Das sind wir den Opfern schuldig.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Mein Respekt, Kollegin Lazar. Sie sind bei diesem Punkt tatsächlich die erste Rednerin, die es geschafft hat, wirklich in der Redezeit zu bleiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jan Korte [DIE LINKE]: Ich auch!)

Das muss man einmal anmerken.

Das Wort hat der Kollege Dr. André Berghegger für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. André Berghegger (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Staat ist und bleibt Hüter unserer Rechts- und Werteordnung. Er allein ist für die Durchsetzung von Recht und Gesetz verantwortlich. Im Mittelpunkt unseres innenpolitischen Handelns liegt naturgemäß die innere Sicherheit – übrigens eines der Themen, die die Bürger unter dem Stichwort „subjektives Sicherheitsgefühl“ am meisten bewegen. Deswegen sind wir bei der gezielten Provokation der sogenannten Scharia-Polizei sehr wachsam; wir nehmen sie sehr ernst. Unsere Rechts- und Werteordnung steht nämlich nicht zur Disposition. Wir werden entsprechend handeln. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Eva Högl [SPD])

Sicherheit und Freiheit sind zwei Begriffe, die untrennbar miteinander verbunden sind: Jede Maßnahme zur Gewährleistung der Sicherheit auf der einen Seite beschränkt auf der anderen Seite die Freiheit. Trotzdem müssen wir umsichtig und selbstbewusst handeln. Wir sind dankbar und glücklich zugleich, in einem in diesem Sinne sicheren und freien Land in Europa leben zu dürfen. Der Blick in andere Teile der Welt zeigt mehr denn je: Es gibt viele – viel zu viele – Regionen, in denen stabile Verhältnisse fehlen und in denen die Menschen in Angst und Schrecken leben. Ich bin der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung deswegen sehr dankbar dafür, dass sie sich gemeinsam mit Deutschlands Partnern für Stabilität und damit auch für die Freiheit der Menschen in diesen Regionen einsetzen.